

Wahlaussagen für die Wahl zur BVV am 17.9.2006

Reinickendorf kann mehr: Für die Menschen, solidarisch, multikulturell ...

... für **alle**, die hier leben, arbeiten und Arbeit suchen, spielen und lernen, sich unternehmerisch betätigen, ihren Lebensabend genießen, sich erholen, Kultur erleben, Sport treiben, im Garten rum-pusseln, in die Kirche gehen, einkaufen, ihr Bier trinken, sich im Ehrenamt engagieren, Kranke pflegen, Behinderten zur Seite stehen, keine Neonazis dulden, Freiräume für selbstbestimmtes Handeln schaffen, sich Sorgen um Freunde und Nachbarn machen, sich über Entscheidungen der „großen Politik“ und des Bezirksamtes aufregen, aber auch feiern und sich freuen – in Tegel wie in Frohnau, am Schäfersee wie in Lübars, wo auch immer in unserem Bezirk. Reinickendorf gehört uns allen. Wir leben gern hier und wollen, dass das so bleibt.

Wir wissen: Reinickendorf ist kein Naturschutzpark, frei von politischen und sozialen Konflikten, aber auch nicht die politische Spielwiese einer Partei, die sich immer noch arrogant über Bürgerinteressen und Bürgerwillen hinwegzusetzen versucht. Doch Hochmut kommt vor dem Fall.

Vor fünf Jahren wurde die PDS erstmals ins Bezirksparlament gewählt. Viele Bürgerinnen und Bürger in Reinickendorf haben seitdem die Erfahrung gemacht: Die Linkspartei.PDS stellt sich konstruktiv und bürgernah den Problemen dieses Bezirkes. Das möchten wir fortsetzen.

... mehr für soziale Gerechtigkeit

Wir setzen uns dafür ein, dass **alle** im Bezirk lebenden Menschen am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und öffentliche Leistungen dafür erhalten bzw. ausgeweitet werden.

Kommunalpolitischem Handeln sind durch Bundes- und Landespolitik Grenzen gesetzt, auch unserem. Aber Sozialpolitik muss sich trotz aller finanziellen Schwierigkeiten immer am Menschen und nicht an der Kassenlage orientieren. Dafür stehen wir nach wie vor, denn Sozialpolitik nach Kassenlage produziert gesellschaftliche Folgekosten, die ungleich höher sind.

Eine Politik für die Bürger bedeutet für uns auch immer Politik mit den Bürgern und durch die Bürger. Deshalb bitten wir nicht nur um Ihre Stimme, sondern sind bereit und gewillt, gemeinsam mit **allen** Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaftern, sozialen Organisationen, Bündnissen, Netzwerken und Gruppierungen zusammenzuarbeiten, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen.

Hartz IV muss weg – denn von Arbeit muss man in Würde leben können.

Seit 2001 nahm auch in Reinickendorf die Zahl der Arbeitsplätze ab. JVC und andere Firmen verlagerten ihre Produktion. Das konnte auch durch Neuansiedlungen und Gewerbebeanmeldungen nicht ausgeglichen werden. Gegenwärtig ist hier jede/r Sechste bis Siebte ohne Job, ein Drittel von ihnen schon länger. Jede/r achte Reinickendorfer/in lebt unter der Armutsgrenze; darunter sind viele Alleinerziehende. Das mittlere Pro-Kopf-Einkommen sank. Über 50.000 Reinickendorferinnen und Reinickendorfer sind auf ALG II angewiesen.

Bundesweite Massenarbeitslosigkeit und das so genannte „**4. Reformgesetz für Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**“ (Hartz IV) haben auch die Beschäftigten in Berlin in besonderer Weise erpressbar gemacht. Immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden durch so genannte MAE-Jobs ersetzt.

Wir wollen nicht, dass durch das JobCenter Reinickendorf **Ein-Euro-Jobs erzwungen** werden, die oft sinnlos sind oder tarifliche Standards unterschreiten.

Wir sind dagegen, dass - wie es hier im JobCenter leider Praxis ist - Fragen oder Kritik von Betroffenen häufig nur noch mit der Androhung von **Leistungskürzungen** beantwortet werden und Arbeit-

suchende auf Gesprächstermine mit Fallmanagern oft monatelang warten müssen. **Eingliederungsvereinbarungen** dürfen nicht erzwungen werden und schon gar nicht gegen geltendes Recht verstoßen!

Wir fordern eine zusätzliche **demokratische Kontrolle** des JobCenters durch Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen, durch die z. B. auch die Aufforderungen zu Zwangsumzügen geprüft werden. Qualifizierung, Umschulung, Weiter- und Fortbildung sowie die individuelle Unterstützung und Förderung von Erwerbslosen muss zur Kernaufgabe eines modernen JobCenters in Reinickendorf werden.

Obwohl wissenschaftliche Institute, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kleinbetriebe, Mittelständler und viele andere Alarm schlagen und vor weiteren Zäsuren warnen, fällt der großen Koalition nichts anderes ein, als darüber zu diskutieren, ob man die Regelsätze weiter senkt, die Betroffenen noch schärfer kontrolliert. Ja, selbst Arbeitszwang ist kein Tabuthema mehr, denn die CDU kann sich sogar vorstellen, die Erwerbslosen **für 0 Euro arbeiten** zu lassen! Das ist menschenverachtend!

Die Linke. für lebenslanges Lernen

Die Investition in Schulen und in Tageseinrichtungen für Kinder sind grundlegende Beiträge für die Zukunftsgestaltung Reinickendorfs. Die Qualität der Erziehung, Betreuung und Bildung **unserer Kinder** entscheidet darüber, wie kreativ und leistungsfähig, aber auch wie menschlich und sozial unser Bezirk in Zukunft sein wird. Reinickendorf hat solide Voraussetzungen, dennoch kann manches besser laufen. Daher sprechen wir uns aus für **gebührenfreie Kitaplätze** für alle Kinder, Erziehung, Betreuung und pädagogische **Unterstützung von Familien von Anfang an**, Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters, Erhalt von **Krippen**, die konsequente **Umsetzung des Kita-Bildungsprogramms** und intensive **Sprachförderung!** Die Bedarfsprüfungen für Kita- und Hortplätze gehört abgeschafft. Wir fordern den Erhalt und die Pflege der **öffentlichen Kinderspielplätze** und bei Bedarf deren Neubau.

In keinem anderen europäischen Land ist der Bildungserfolg so sehr abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland - ein bildungspolitisches Armutszeugnis. Das gegliederte Schulsystem ist nicht in der Lage, allen Menschen die Chance zu geben, ihre individuellen Fähigkeiten und Talente in die Gemeinschaft einzubringen. Wir plädieren für eine umfassende **Reform des Berliner Schulsystems**, für eine neue ganzheitliche Kultur des Lernens und Lehrens. Wir begreifen Bildung als Menschenrecht und als einen Prozess, den SchülerInnen zunehmend selbst bestimmen und in Kooperation mit dem Schulpersonal, nicht nur Lehrern, gestalten.

Wir unterstützen das Konzept „**Berlin wird skandinavisch schlau**“, das Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin eröffnen kann und in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden soll. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Reinickendorfer Schulen verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden, um Wege zu einer **integrativen Schule** erproben zu können. Auch in unserem Bezirk muss eine breite **öffentliche Debatte** über die weitere Gestaltung des Berliner Schulsystems geführt werden. Wir wollen kein Eliteförderungs-Konzept à la CDU und FDP, sondern die Förderung aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen gemäß ihren individuellen Begabungen.

Wir begrüßen den Start des konfessionsunabhängigen Ethikunterrichts als Pflichtfach. Wir fordern Maßnahmen **gegen Unterrichtsausfall** durch eine genügende Anzahl von Lehrern und die Umsetzung der bestehenden Regelung für eine Stundenabdeckung von 105%, eine deutliche Qualitätsverbesserung in der **Ausstattung** unserer Schulen und den Ausbau des **Ganztagsschulkonzeptes**. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der **Lernmittelfreiheit** ein.

... mehr für Integration

In Reinickendorf leben über 245.000 Menschen, darunter **9,6 % Mitbürger** nichtdeutscher Herkunft. Einblicke in ihre Kultur, Lebensweise und Sitten sind ein Gewinn für uns. Wir wollen, dass Deutsche und Nicht-Deutsche in Reinickendorf als gute Nachbarn miteinander leben. Im Märkischen Viertel muss es weiterhin möglich sein, dass der Ingenieur neben dem Hartz-IV-Empfänger, dem Spätaussiedler aus Kasachstan und der Familie aus Afghanistan wohnt, ohne dass die Frage gestellt wird: „Passen die zu uns?“ Ausgrenzung von Menschen in Not widerspricht christlichen und humanistischen Werten.

Menschen mit Migrationshintergrund sind von Erwerbslosigkeit doppelt stark betroffen. Aus diesem Grund verlangen wir eine bessere **Qualifizierung** von Migranten. Das setzt entsprechende Angebote und beiderseitigen Integrationswillen voraus. Wir werden weiter gegen ausländerfeindliche Klischees ankämpfen und für ein friedlicheres Zusammenleben der Kulturen, Religionen und Traditionen in Reinickendorf werben, um wie bisher bei unseren Freunden Ali, Jack und Alberto Döner, Burger oder Pizza essen zu können!

Oberstes Gebot in der **Behindertenpolitik** soll die Pflege der Gesundheit von Behinderten, die Erleichterung ihres Lebens zur möglichen Teilnahme am Arbeitsleben sein. Davon ist das Reinickendorfer Bezirksamt weit entfernt. Vielmehr wird Behinderten nützliche Unterstützung verweigert und ihnen damit erschwert, ihnen zustehende Hilfe in Anspruch zu nehmen, die sie zur Bewältigung ihrer Lebensaufgaben brauchen.

... mehr für Mädchen und Frauen

Mädchen und Frauen sind die Mehrheit in unserem Bezirk. Das spiegelt sich längst noch nicht wider in ihrer Rolle in bezirklichen Angelegenheiten.

Wir sprechen uns aus **für eine Mädchenförderung** vom Kindergarten an, um ihnen die Angst vor den „Jungenfächern“ zu nehmen. Dazu gehören die bessere Unterstützung des „**Girls Day**“. Notwendig sind besondere Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbslose Frauen, auch mit Kindern.

Wir fordern den Erhalt und die Unterstützung der verbliebenen **Frauen- und Mädchentreffpunkte** im Bezirk. Wichtig ist uns die finanzielle und personelle Hilfe für Alleinerziehende, insbesondere in Krisensituationen.

Das Bezirksamt sollte die Hinweise des Frauen- und Mädchenbeirats sowie der Frauenbeauftragten ernst nehmen. Es darf seine Verpflichtungen zu einer geschlechtsbezogenen, geschlechtergerechten Politik (Gender Mainstreaming und Gender Budgeting) nicht länger ignorieren und deren Umsetzung nicht weiter hintertreiben.

... mehr für die Jugend

Hier leben weit über 52.000 junge Menschen unter 25 Jahren. 5.470 Jugendliche zwischen 15 und 25 werden vom JobCenter betreut. 1.700 bis 2.000 von ihnen sind derzeit auf Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Das ist ein Armutszeugnis für Bundesregierung und Wirtschaft und deren Geschwätz vom erfolgreichen Ausbildungspakt. Die Jugendlichen dürfen am Hindukusch zwar „deutsche Interessen verteidigen“, werden aber mit Hartz IV an Mutters Küchentisch gefesselt.

Die 16 – 18-Jährigen dürfen erstmals die BVV wählen und kundtun, was sie von solcher „Perspektive“ halten.

Eine lebendige Jugendkultur braucht eine entsprechende Infrastruktur im Bezirk. Mit den Jugend- und Freizeitzentren *Fuchsbau*, *ComX*, *Metronom*, *GAK/Ameisenburg* und dem *Centre Talma* bietet Reinickendorf eine Vielzahl von Jugendzentren und Jugendprojekten. *Aber:* Finanzielle Kürzungen haben zu erheblichen Einschränkungen an Freizeitangeboten und wesentlichen Umstrukturierungen geführt.

Daher fordern wir die Schaffung von **Freiräumen** für Jugendliche! Dazu gehören der Aus- und Aufbau von **Jugendzentren** und anderer Möglichkeiten, wo sich Jugendliche ohne Konsumzwang treffen können, die finanzielle und personelle Förderung der bestehenden **Jugendprojekte** sowie die kostenlose Bereitstellung von Räumen für junge Reinickendorfer KünstlerInnen, Jugend-, Theater- und Tanzgruppen.

... mehr für mobiles Altern

In Reinickendorf leben **68.000 ältere Bürgerinnen und Bürger**. Sie haben ein Anrecht darauf, den letzten Lebensabschnitt in **Würde** zu verbringen. Ausgrenzung der SeniorInnen durch Altersarmut und Diskriminierung aus Altersgründen sind nicht hinnehmbar! Rentenkürzungen durch Nullrunden bis 2010 und wesentlich erhöhte Gesundheitskosten verschärfen die Situation unserer älteren Mitbürger noch.

Umso mehr hat der Bezirk eine **Fürsorgepflicht** gegenüber seinen SeniorInnen. Dazu gehört die **Barrierefreiheit** der öffentlichen Einrichtungen, die Förderung von **Senioren-Freizeiteinrichtungen** und ein **Beratungsangebot** für SeniorInnen in Not. Wir wollen, dass in **Pflegeheimen** die Förderung vorhandener Kapazitäten im Vordergrund steht und nicht nur Wert auf die Erfüllung der Grundbedürfnisse gelegt wird. Wir fordern **behindertengerechte Freizeiträume** für SeniorInnen auch mit frauenspezifischem Angebot und eine **aktivierende Pflege** in SeniorInnenheimen.

... mehr für Nachhaltigkeit

Reinickendorf ist ein grüner Bezirk. Dieses Potential gilt es zu nutzen und zu schützen. Dazu gehört, **keine Zersiedelung** zuzulassen und die Seen und Fließgewässer sowie den Tegeler Forst zu schützen. Für die Linkspartei.PDS hat der Bestand und die Sicherung von **Kleingartenanlagen** - neben dem ökologischen Aspekt in Zeiten von Hartz IV und ALG II - auch eine wichtige soziale Funktion. Der Verlust des Südteils der Kolonie „Einigkeit“ in Wittenau durch Versäumnisse des Bezirksamts darf sich nicht wiederholen! Der Erhalt von Kleingartenanlagen muss aus unserer Sicht immer verbunden sein mit der Orientierung am Bundeskleingartengesetz.

Wir fordern für Reinickendorf ein **Radwegekonzept**, mit dem die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen für Radfahrer erschlossen werden. Die ausgewiesenen sechs **Radwanderwege** können nur ein Anfang sein. Reinickendorf braucht ein **Konzept des Öffentlichen Personennahverkehrs** unter dem Gesichtspunkt von Frauen und Senioren. Zahlreiche Linienveränderungen der BVG in den letzten Jahren gingen in die falsche Richtung.

Gemäß dem Konsensbeschluss halten wir fest an der Forderung, den **Flughafen Tegel** nach 2012 zu schließen. Bis dahin muss der Lärmschutz für die Anwohner weiter ausgebaut werden! Nach der Schließung sollte das Areal vor allem Tourismus, Naherholung, Natur- und Umweltschutz dienen. Die Linkspartei.PDS Reinickendorf regt an, einen offenen Ideenwettbewerb auszuschreiben und damit einen Prozess einzuleiten, der die Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger von Anfang an und dauerhaft in die Planungen für die Zeit nach Einstellung des Flugbetriebes in Tegel einbezieht.

Für eine funktionsfähige und lebendige Großstadt ist die **kommunale Wohnungswirtschaft** unerlässlich. Wir stehen für eine sozial und kiezbezogene Steuerung der Wohnungsversorgung hinsichtlich der Qualität und Lage des Bestandes in Reinickendorf im Interesse der Mieterinnen und Mieter. Deshalb ist eine Privatisierung oder ein Teilverkauf der Gesobau mit uns nicht zu machen!

Reinickendorf muss endlich dem „**Netzwerk Gesunde Städte**“ beitreten! Die Reinickendorfer Linkspartei.PDS steht für den Erhalt und den Ausbau eines bedarfsgerechten Netzes für soziale und gesundheitliche Beratung und Betreuung. Der öffentliche Gesundheitsdienst gehört nicht an den Rand gedrängt, sondern ist zu erhalten und ihm sind neue Kompetenzen bei der Entwicklung und Umsetzung von gesundheitsorientierten Projekten zuzuordnen.

Wir wollen, dass die Ansiedlung **klein- und mittelständischer Unternehmen** in den bestehenden Gewerbegebieten Reinickendorfs weiter gefördert wird. Der **Kiezcharakter** der einzelnen Ortsteile muss erhalten bleiben. Wir fordern eine bessere Unterstützung der dort ansässigen kleinen Geschäfte, die zur Lebensqualität in Reinickendorf beitragen. Weitere großflächige Einkaufszentren dagegen braucht Reinickendorf nicht!

... mehr für Kultur und Freizeit

In Reinickendorf arbeiten kulturelle Leuchttürme: Humboldt-Bibliothek, Volkshochschule, Musikschule, Heimatmuseum, Atrium, es gibt kulturelle Angebote im Fontanehaus und im Ernst-Reuter-Saal. *Aber die* Substanz der bezirklichen Kulturarbeit hat Schaden genommen, finanzielle Kürzungen zwangen zu Schließungen und Umstrukturierungen (Hermsdorfer Bibliothek, Graphothek, Tegeler Krimnacht), weiteres droht (Centre Bagatelle).

Wir wollen keine weiteren Eingriffe in die Substanz zulassen und begrüßen die Bestrebungen, das **Centre Bagatelle** für Reinickendorf zu erhalten. Wir fordern, das **Bibliothekskonzept** zu realisieren. Der Zugang zu kulturellen Angeboten, zu **kultureller Selbstbetätigung** ist zu sichern und zu erweitern. Wir wollen den kulturellen Dialog fördern.

Wir wollen, dass alle **Bäder und Schwimmhallen** für den Breiten- und Schulsport und die Erholung zu erschwinglichen Preisen erhalten bleiben. Reinickendorf braucht **mehr öffentliche Sportplätze**, außerdem muss auf den bestehenden die Infrastruktur gepflegt werden.

In Reinickendorf sollten wieder einige **öffentliche Grillplätze** eingerichtet werden. An diesen Plätzen, z.B. an der Malche am Tegeler See, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Grillen gefahrlos und ohne Belästigung von Anwohnern und anderen Erholungsuchenden möglich ist.

Die Linke. für friedliches Zusammenleben im Kiez, im Bezirk, wo auch immer

In Reinickendorf ist ebenso wie in anderen Bezirken kein Platz für Neonazis!

Gemeinsam mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften wenden wir uns gegen alle Erscheinungen von Rechtsextremismus und Gewalt, von Rassismus und Intoleranz im Alltag unseres Bezirkes. Verschweigen oder Schönreden macht wehrlos. Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen unsere Solidarität. Das „Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Reinickendorf“ sollte sich wieder stärker in die bezirkliche Politik einmischen. Die Geschichte lehrt uns aktives Handeln.

Wir unterstützen die Erarbeitung eines **Gedenkkonzepts für die Opfer des Faschismus** in Reinickendorf. Dabei sollten die Erinnerungsstätten an Verfolgung und Widerstand in unserem Bezirk erfasst und Festlegungen getroffen werden, wie sie bewahrt, gepflegt bzw. wieder eingerichtet werden können. Wir setzen uns für die Ehrung von Reinickendorfer Widerstandskämpfern durch weitere Erinnerungstafeln und wo möglich durch Benennung von Straßen und Plätzen ein. Dazu gehört die Schaffung einer Gedenkstätte für die „Reichsausschusskinder“ am Eichborndamm 238. Die Weiterführung der Aktion „Stolpersteine“ wird unterstützt.

Was vor Ort geschieht, ist nicht losgelöst von der „großen Politik“. Erfolgreiche Kommunalpolitik bedarf des Friedens und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit, trägt selbst zum friedlichen Zusammenleben der Völker bei. Die Linkspartei.PDS und ihre Kandidatinnen und Kandidaten sind überzeugte Anhänger einer solchen Politik. Kriege sind durch nichts zu rechtfertigen, sie sind vom Völkerrecht verboten!

... mehr bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung an Entscheidungen

Die Linkspartei.PDS nimmt die BürgerInnen mit ihren Sorgen und Wünschen ernst und will ihre Beteiligungsrechte weiter stärken. Planungen für die Umgestaltung von Kiezen müssen **mit den Anwohnern** und nicht an ihnen vorbei und schon gar nicht gegen sie erfolgen, wie die Beispiele Polplatz, Schulzendorfer Straße, Greenwichpromenade und Insel im Tegeler Hafen zeigen.

Wir begrüßen deshalb die Möglichkeit von **bezirklichen Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden**, die seit 2005 möglich sind. Darüber hinaus fordern wir auch für Reinickendorf die Einführung eines **Bürgerhaushalts**, das heißt die Mitbestimmung der Bürger bei der Finanzplanung des Bezirks. In die Geschäftsordnung der BVV sollte ein **Rederecht von Bürgern** bei besonderen Anlässen aufgenommen werden. Die Bürger müssen wissen, was im Rathaus passiert. Die Veröffentlichung aller Drucksachen der BVV und der Ausschüsse im Internet würde dazu beitragen.

**Linkspartei.PDS in der BVV -
das heißt: Bürgerinteressen im Rathaus
das heißt: Soziale Gerechtigkeit im Bezirksparlament.
Wählen Sie am 17. September die Linkspartei.PDS -
und behalten Sie Ihre Stimme!**